

AMNESTY INTERNATIONAL

Presse

Mag^a Claudia Vogt

Moeringgasse 10. 1150 Wien

T: +43 1 78008 24. Mobil: +43 664 235 91 30

E: claudia.vogt@amnesty.at . W: www.amnesty.at

PRESSEINFORMATION

AMNESTY
INTERNATIONAL



GUANTANAMO WIRD ACHT JAHRE ALT – ZENTRALE DATEN SEIT DEM 11. SEPTEMBER 2001

AM 11. JÄNNER 2002 WURDEN DIE ERSTEN GEFANGENEN AUF DEN US-MARINESTÜTZPUNKT GUANTÁNAMO BAY AUF KUBA GEBRACHT. SEITHER IST GUANTÁNAMO ZUM SYMBOL FÜR DIE VON DEN USA BEGANGENEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM „KRIEG GEGEN DEN TERROR“ GEWORDEN. US-PRÄSIDENT BARACK OBAMA HAT IM JÄNNER 2009 DIE SCHLIESSUNG DES LAGERS ANGEKÜNDIGT – DOCH DIE HOFFNUNG AUF EIN RASCHES ENDE WURDE ENTTÄUSCHT.

2010

6. Jänner - US-Menschenrechtsgruppen kritisieren die Ankündigung von Präsident Barack Obama, die Rückführung jemenitischer Guantánamo-Häftlinge in ihre Heimat auszusetzen, nachdem Verbindungen des verhinderten nigerianischen Flugzeug-Attentäters zu Al-Kaida im Jemen bekanntgeworden waren.

5. Jänner - Ein US-Berufungsgericht erleichtert die unbegrenzte Inhaftierung Terrorverdächtiger. In dem Urteil heißt es, die Unterstützung des Jemeniten Ghaleb Naser al-Bihani sei Grund genug für die Inhaftierung. Bihani hatte Taliban-Kämpfer in Afghanistan als Träger und Koch begleitet.

2009

19. Dezember - Die USA entlassen zwölf Gefangene aus dem Gefangenenlager Guantánamo. Sechs Jemeniten, vier Afghanen und zwei Somalier werden „unter angemessenen Sicherheitsstandards“ in ihre Heimatländer überstellt.

17. Dezember - Die USA stellen die Schließung Guantánamos bis Sommer 2010 in Aussicht.

16. Dezember – Die Schweiz entscheidet, einen von den USA freigelassenen Guantánamo-Gefangenen aus Usbekistan in der Schweiz aufzunehmen.

15. Dezember - Amnesty International erklärt, dass die angekündigte Verlegung der Gefangenen in die Haftanstalt Thomson in Illinois als nicht ausreichend anerkannt wird, da es keinen Unterschied macht, ob die Gefangenen im Staatsgebiet der USA oder anderswo festgehalten werden. Es bleibe die Tatsache bestehen, dass sie entweder angeklagt oder freigelassen werden müssten.

04. Dezember - US-Verteidigungsminister Robert Gates spricht davon, dass 116 der 211 verbleibenden Gefangenen aus Guantánamo ins Ausland gebracht werden soll. Es bleibt unklar, wie viele dort mit einem Prozess rechnen müssen. Ein Zeitplan nennt er nicht. Offenbar müssen für viele Gefangene noch Aufnahmeländer gefunden werden.

13. November – US-Justizminister Eric Holder kündigt an, dass fünf Guantánamo-Gefangene in New York vor ein Zivilgericht gestellt werden sollen. Für andere Gefangene soll es allerdings weiterhin Verfahren vor Militärkommissionen geben.

29. Oktober - Obama unterzeichnet ein Gesetz, das die Überstellung von Guantánamo-Häftlingen für Prozesse in den USA erlaubt. Es handelt sich um einen Kompromiss mit dem Kongress. Dieser muss 45 Tage vor der Überstellung informiert werden. Dagegen verbietet es das Gesetz, Gefangene in die USA in die Freiheit zu entlassen.

08. Oktober - Die USA lassen einen kuwaitischen Gefangenen frei, nachdem eine US-Richterin dies bereits im September angeordnet hatte.

Anfang Oktober – Nach Spanien, Italien und Portugal wollen auch die EU-Länder Belgien und Ungarn je einen US-Gefangenen aus humanitären Gründen aufnehmen.

12. Juni - Überstellung von Gefangenen in ihre Heimatstaaten: Die US-Behörden fliegen zwei Gefangene in ihre Heimatländer, Irak und Tschad, aus. Im Laufe des Jahres werden einige weitere Gefangene, unter anderem in den Jemen und nach Afghanistan, entlassen.

09. Juni - Zum ersten Mal wird ein Guantánamo-Häftling in die USA gebracht, um dort vor ein US-Zivilgericht gestellt zu werden. Der Tansanier Ahmed Ghailani wird wegen der mutmaßlichen Beteiligung an Anschlägen auf US-Botschaften in Tansania und Kenia vor einem Bundesgericht in New York angeklagt.

04. Juni – Die EU-Regierungen beschließen einen gemeinsamen Rahmen für die Aufnahme von entlassenen Guantánamo-Insassen im Schengenraum. Wesentliche Voraussetzung ist, dass die USA umfassende Informationen liefern. Die Aufnahmeentscheidung bleibt den einzelnen Staaten überlassen. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die EU-Staaten, den USA bei der Schließung Guantánamos helfen zu wollen. Innenministerin Maria Fekter bekräftigt die Ablehnung einer Aufnahme in Österreich.

02. Juni - Ein jemenitischer Guantánamo-Häftling begeht vermutlich Selbstmord.

09. April - CIA-Direktor, Leon Panetta, bestätigt die Schließung aller geheimen Gefängnisse („Black Sites“), die der US-Geheimdienst in verschiedenen Ländern – auch in Europa - betrieben hatte.

23. Februar - Aufnahme von früheren Guantánamo-Gefangenen in Drittstaaten: Großbritannien nimmt einen äthiopischen Ex-Häftling auf. Bis November nehmen auch Frankreich, die Bermudas, Portugal, Belgien, Palau, Italien und Ungarn insgesamt 18 Gefangene auf. Sie stammen aus Ländern wie Algerien, China, Syrien und Tunesien, wo sie Folter oder unfaire Prozesse befürchten müssten.

09. Februar - Ungefähr 50 Häftlinge auf dem US-Militärstützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba sind im Hungerstreik. Die Mehrheit der Streikenden wird von den Guantánamo-Behörden zwangsernährt. Die bei der Zwangsernährung angewandten Maßnahmen kommen grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleich.

21. Jänner - Direkt nach seinem Amtsantritt verfügt US-Präsident Barack Obama, dass alle Terrorismus-Verfahren und Militärtribunale in dem Gefangenenlager in Guantánamo sofort gestoppt werden und dass das Gefängnis bis Jänner 2010 geschlossen wird. Er verfügt auch, dass alle geheimen CIA-Gefängnisse geschlossen werden.

2008

11. Dezember – Der Verteidigungsausschuss („Armed Services Committee“) des US-Kongresses veröffentlicht Ergebnisse seiner Untersuchung zu Gefangenenmisshandlung im „Krieg gegen den Terror“. Unter anderem stellt er fest, dass „hochrangige Regierungsvertreter Anweisung gegeben haben, wie aggressive Verhörmethoden zu verwenden seien, Gesetze uminterpretiert haben, um diesen Methoden einen Anschein der Legalität zu geben, und ihre Anwendung genehmigt haben“. Der Ausschuss stellt außerdem fest, dass „aggressive“ Verhörmethoden, die 2002 von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld für Guantánamo genehmigt worden waren, auch in Afghanistan und dem Irak angewendet wurden.

11. Dezember – Der portugiesische Außenminister Luis Amada erklärt, Portugal sei bereit, Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. In einem Brief fordert er seine europäischen Amtskollegen auf, sich seinem Angebot anzuschließen.

20. November – Ein US-Gericht ordnet die Entlassung von fünf der sechs Männer an, die 2002 in Bosnien-Herzegowina festgenommen und nach Guantánamo gebracht wurden. Es urteilt, dass die Regierung den sechsten Mann weiter in Haft halten darf. Die sechs sind die ersten, über deren Haftprüfungsantrag vor einem Zivilgericht entschieden wird. Am 17. Dezember werden drei der bosnischen Gefangenen algerischer Herkunft tatsächlich nach Bosnien-Herzegowina ausgeflogen. Es ist das erste Mal, dass Gefangene aus Guantánamo aufgrund einer Gerichtsentscheidung freigelassen werden.

Anfang November – Amnesty International und fünf weitere Menschenrechtsorganisationen fordern die europäischen Regierungen auf, Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen, die keiner Straftat angeklagt werden, aber auch nicht in ihre Herkunftsländer zurück können, weil ihnen dort Folter oder andere Menschenrechtsverletzungen drohen.

7. Oktober – Ein Bundesrichter ordnet die Entlassung von 17 chinesischen Uiguren in die USA an. Die Regierung legt Widerspruch gegen die Entscheidung ein. Obwohl die Regierung die 17 Männer bereits seit einiger Zeit nicht mehr als „feindliche Kämpfer“ eingestuft hatte, bleiben sie weiterhin in Guantánamo inhaftiert.

Mitte August – Anhörungen von zwei weiteren Gefangenen, Mohammad Jawad und Omar Khadr, finden statt. Die beiden wurden vor Jahren als Minderjährige festgenommen. Für die Aburteilung von minderjährigen Tatverdächtigen sind die Verfahren vor Militärkommissionen in den Augen von Amnesty International völlig ungeeignet, denn das System sieht gar keine Sonderbehandlung von jugendlichen Straftätern vor.

Anfang August – Trotz des Urteils des obersten Gerichtshofes führt die Regierung Bush die bereits anberaumten Verfahren vor Militärkommissionen durch. Der erste Prozess Kriegsverbrechen-Prozess findet Anfang August statt. Der aus Jemen stammende Salim Hamdan, einstiger Fahrer von Osama bin Laden, wurde der „Unterstützung des Terrorismus“ schuldig befunden und zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Amnesty International beurteilt den Ablauf des Verfahrens als juristische Farce.

12. Juni – Der Oberste Gerichtshof der USA entscheidet, dass die ausländischen Guantanamo-Häftlinge ihre Inhaftierung vor einem US-Zivilgericht anfechten können. Für Amnesty International ist das Urteil ein bedeutender Schritt zur Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit. Mit seinem Urteil hat das Oberste Gericht zum dritten Mal innert vier Jahren die Auffassung der Bush-Administration zurückgewiesen, wonach Tatverdächtige auf unbestimmte Zeit festgehalten werden können, ohne dass sie angeklagt werden oder Zugang zu einem Rechtsverfahren erhalten.

Juni – Die US-Regierung gibt gegenüber dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes an, dass etwa 2.500 Minderjährige im Irak, in Afghanistan und in Guantánamo von den USA gefangen gehalten wurden. Etwa 90 befanden sich auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Bagram in Afghanistan, davon waren zehn im April 2008 noch in Haft. In Guantánamo seien es acht gewesen, die Zahl wird später auf zwölf korrigiert.

13. Mai – Die US-Regierung klagt fünf Gefangene in einem gemeinsamen Verfahren vor einer Militärkommission an. Dem Pakistaner Khalid Shaikh Mohammed, den Jemeniten Ramsi Binalshibh und Walid bin Attasch, dem Pakistaner Ali Abdel Asis Ali und dem Saudi Mustafa Ahmed al Hausawi wird eine Beteiligung an den Attentaten vom 11. September 2001 vorgeworfen. Die Anklage fordert die Todesstrafe.

14. März – Das Pentagon gibt bekannt, dass der Afghane Muhammad Rahim al-Afghani nach Guantánamo gebracht wurde. Zuvor war er in geheimer CIA-Haft.

5. Februar – Der CIA-Direktor bestätigt, dass die CIA 2002 und 2003 „Waterboarding“ bei drei Häftlingen in Geheimgefängnissen angewendet hat.

2007

6. Dezember - Die CIA gibt bekannt, dass Videobänder zerstört worden sind, auf denen „spezielle Verhörtechniken“ zu sehen gewesen sind. Der Anwalt von Majid Khan, der einzige sogenannte „high value detainee“, dem bisher ein Rechtsbeistand gewährt worden ist, forderte daraufhin, dass in seinem Fall kein Aktenmaterial vernichtet werde. Aus den dabei öffentlich gemachten Dokumenten des Anwalts geht auch hervor, dass Majid Khan in Guantánamo in einem bisher geheimen „Camp 7“ festgehalten wird.

4. November – Die „New York Times“ schreibt unter Berufung auf offizielle Quellen, dass sich die US-Administration darüber nachdenke, das Gefangenenlager Guantánamo zu schließen. Ähnliche Spekulationen machten bereits im Sommer die Runde. Als Voraussetzung für eine Schließung wurde allerdings genannt, dass als „gefährlich“ erachtete Häftlinge in den USA selbst auf unbestimmte Zeit in Haft gehalten werden könnten. Damit würden die rechtswidrigen Zustände lediglich verlagert. Zudem gestaltet sich auch die Freilassung von Häftlingen, die nicht mehr als „Gefahr“ angesehen werden, als schwierig: Etlichen droht im Heimatland (weitere) Folter und Misshandlung.

9. August – Die neue britische Regierung verlangt die Auslieferung jener Häftlinge, die zwar nicht britische Staatsbürger sind, aber über eine britische Aufenthaltsbewilligung verfügen. Sie erfüllt damit eine zentrale Forderung von AI.

20. Juli – US-Präsident Bush erlässt einen Ausführungsbefehl betreffend des CIA-Programms über geheime Inhaftierungen und Verhöre (sog. executive order). Der Order gibt grünes Licht für die Fortsetzung des (völker- und menschenrechtswidrigen) Geheimprogramms und erlaubt „spezielle Verhörmethoden“ für Terrorverdächtige, welche als bedrohlich oder als wichtige Informationsquelle angesehen werden.

5. Juni – Die Anklagen gegen Omar Khadr und Ahmed Hamdan werden von der Militärkommission aus formalen Gründen (Deklaration als „enemy combatant“ und nicht als „unlawful enemy combatant“) nicht entgegen genommen. Das Pentagon geht in die Berufung und bekommt am 24. September recht. Die Verfahren sollen Ende Jahr wieder aufgenommen werden, Omar Khadr und Ahmed Hamdan befinden sich weiterhin auf unbestimmte Zeit in (Isolations-)Haft.

30. Mai – Das US-Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass ein weiterer Häftling Selbstmord begangen hat. Immer wieder gibt es Selbstmordversuche. Juma al Dossari, Doppelstaatsbürger aus Bahrain und Saudi Arabien, hat 12mal versucht, sich das Leben zu nehmen. In einem Brief an seinen Anwalt schrieb er: „I can say, that life and death are equal, but death has become my greatest hope to end my misery, suffering and sad life.“

30. März – David Hicks wird nach einer absurden Absprache zwischen seinen Anwälten und der Militärkommission wegen Unterstützung des Terrorismus zu 7 Jahren Haft verurteilt, von denen er noch 9 Monate in Australien verbüßen muss. Ende Mai wird er nach Australien überführt. Er ist bis heute der einzige geblieben, der – auch dies allerdings nicht vor einem ordentlichen Gericht – verurteilt worden ist.

2. Februar – David Hicks, Omar Khadr und Ahmed Hamdan werden erneut angeklagt, diesmal vor so genannten Militärkommissionen und gestützt auf den am 17. Oktober 2006 verabschiedeten Military Commissions Act.

Jänner – Etwa 165 Gefangene werden in das neu erstellte Camp 6 verlegt. Dort sind sie mindestens 22 Stunden am Tag in völliger Isolation, ohne Tageslicht, aber bei ununterbrochener künstlicher Beleuchtung untergebracht.

2006

Oktober/November – Die Regierung strebt an, alle anhängigen Haftprüfungsanträge, die vor der Verabschiedung des Gesetzes über Militärkommissionen für Gefangene aus Guantánamo gestellt wurden, nicht vor Gericht behandeln zu lassen. Die Regierung argumentiert, dass das Wissen der 14 aus geheimer Haft nach Guantánamo überstellten Gefangenen über das CIA-Programm – einschließlich Befragungstechniken und die Aufenthaltsorte geheimer Einrichtungen – aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht enthüllt werden dürfe.

17. Oktober – Präsident Bush unterzeichnet das Gesetz über Militärkommissionen (Military Commissions Act). Dieses Gesetz entzieht den Bundesgerichten die Zuständigkeit für Haftprüfungsanträge von „feindlichen Kombattanten“, die irgendwo auf der Welt in US-Gewahrsam gehalten werden. Darüber hinaus erlaubt das Gesetz dem Präsidenten, neue Militärkommissionen einzurichten, um derartige Gefangene vor Gericht zu stellen und schränkt die Reichweite des US-Gesetzes zu Kriegsverbrechen ein, indem Verstöße gegen das im gemeinsamen Artikel 3 vorgesehene Verbot bezüglich unfairer Gerichtsverfahren bzw. der «Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung», nicht ausdrücklich strafrechtlich verfolgt werden. Präsident Bush kündigt an, das Gesetz werde die Fortführung des CIA-Programms zur geheimen Inhaftierung ermöglichen.

6. September – Präsident Bush kündigt die Überführung von 14 Gefangenen nach Guantánamo an, die in geheimen CIA-Hafteinrichtungen (sogenannten „black sites“) in Gewahrsam gehalten worden waren.

29. Juni – Der Oberste US-Gerichtshof urteilt im Fall „Hamdan gegen Rumsfeld“, dass die im Rahmen der Militärverordnung von 2001 eingerichteten Militärkommissionen sowohl gegen US-amerikanisches Recht als auch gegen das Völkerrecht verstoßen. Der Gerichtshof urteilt weiter, dass der gemeinsame Artikel 3 der Genfer Konventionen anzuwenden sei – damit widerspricht er der Entscheidung des Präsidenten von 2002.

10. Juni – Drei Gefangene sterben in der Einrichtung, nachdem sie offenbar Selbstmord begangen haben.

2005

30. Dezember – Präsident Bush unterzeichnet das Gesetz über die Behandlung von Gefangenen (Detainee Treatment Act 2005), das den Einsatz grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung von Gefangenen verbietet, aber auch die Rechte der Gefangenen in Guantánamo auf gerichtliche Anfechtung der Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung bzw. der Haftbedingungen einschränkt.

25. Mai – Amnesty International fordert die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay. Die Forderung wird später von UNO-Sachverständigen, den früheren US-Präsidenten Carter und Clinton, Staatschefs europäischer und anderer Länder sowie Menschenrechts- und Juristenorganisationen aufgegriffen.

2004

November – Ein Rechtsmittel, das für den jemenitischen Gefangenen Salim Ahmed Hamdan bei einem US-Bundesgericht eingelegt wurde, führt zur Aussetzung von Vorverhandlungen vor der Militärkommission.

7. Juli – Das Pentagon kündigt die Bildung von Sondergerichten zur Prüfung des Kombattantenstatus von Gefangenen an. Das mit drei Offizieren besetzte Tribunal kann geheime oder erzwungene Informationen als Beweise gegen die Inhaftierten verwenden. Vor diesen Sondergerichten soll den Gefangenen ein Rechtsbeistand verweigert werden. Zudem werden die Gefangenen im weiteren Sinne als «feindliche Kämpfer» angesehen, sofern sie nicht das Gegenteil beweisen.

28. Juni – Der Oberste US-Gerichtshof urteilt im Fall „Rasul gegen Bush“, dass US-Bundesgerichte befugt sind, Rechtsmittel von Gefangenen in Guantánamo anzuhören.

Mai – Vier Jahre nachdem der Uno-Ausschuss gegen Folter die „übermäßig harte“ Führung der sogenannten „Supermax“-Gefängnisse (Hochsicherheitsgefängnisse) der USA kritisiert hat, ist das „Camp V“ in Guantánamo fertiggestellt, das nach dem Modell der „Supermax“-Gefängnisse errichtet wurde.

2003

3. Juli – Das Pentagon verkündet, dass sechs Gefangene von Guantánamo für eine Verhandlung vor Militärkommissionen in Frage kommen. Zwei der sechs werden anschließend ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren freigelassen und nach Großbritannien überführt.

Juni – Ali Saleh Kahlal al-Marri, Staatsbürger Katars, wird durch einen Präsidentenbefehl zum „feindlichen Kämpfer“ erklärt. Damit wird der zivilen Justiz die Zuständigkeit für das Verfahren gegen ihn entzogen. Er wird dem Militär übergeben und auf einem Stützpunkt in South Carolina inhaftiert.

27. Mai – Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) trifft sich mit hochrangigen Vertretern der USA in Washington und dringt darauf, ein rechtsstaatliches Verfahren einzurichten und die Situation der über 600 Gefangenen in Guantánamo entscheidend zu ändern.

April – Donald Rumsfeld genehmigt Befragungstechniken wie Isolierung, Verschärfung der Haftbedingungen durch extreme Hitze oder Kälte und Schlafentzug. Weitere Techniken können von Fall zu Fall beantragt werden.

14. März – Ein Rechtsgutachten des US-Justizministeriums behauptet, „jeder Versuch des Kongresses, die Verhöre von feindlichen Kämpfern zu regeln, würde die von der Verfassung garantierten Rechte des Präsidenten als Oberbefehlshaber verletzen“. Wenn Verhörmethoden gegen die Verpflichtungen der USA aus der UN-Antifolterkonvention verstießen, „aber durch Notwendigkeit oder Notwehr gerechtfertigt sind“, „dann würden wir diese immer noch als letztlich in Übereinstimmung mit internationalem Recht sehen“. Außerdem führt das Gutachten aus, dass ein Befragter, der einen „feindlichen Kämpfer“ in einer strafbaren Weise verletzt, sich vor Strafverfolgung schützen kann, wenn er sich darauf beruft, dass er so handelte, um Anschläge von Al-Kaida gegen die USA zu verhindern.

2002

2. Dezember – US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld genehmigt die uneingeschränkte Anwendung von Befragungstechniken. Dazu gehen das Überstülpen von Kapuzen, Entkleiden, sensorische Deprivation (Minimierung von Sinnesreizen), Isolierung, Verharren in schmerzhaften Körperhaltungen und den Einsatz von Hunden zur Erzeugung von Angst. Er hebt diese Pauschalgenehmigung sechs Wochen später allerdings wieder auf und erklärt, dass für die Anwendung derartiger Techniken im Einzelfall seine Genehmigung notwendig sei.

1. August – In einem Memorandum des US-Justizministeriums an den damaligen Berater des Weißen Hauses, Alberto Gonzales, werden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Der Präsident kann Folter genehmigen und Ermittler dürfen Gefangenen starke Schmerzen zufügen, ehe sie die Grenze zur Folter überschreiten. Damit würde diese Behandlung keine strafrechtliche Verfolgung nach US-Recht nach sich ziehen. Außerdem hält das Memorandum fest, sei Folter durch US-Behördenvertreter auch außerhalb der USA verboten, könne jedoch mit den Argumenten der „Notwendigkeit“ bzw. „Selbstverteidigung“ eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen verhindern.

28. April – Gefangene werden von „Camp X-Ray“ ins „Camp Delta“ verlegt.

5. April – Der Gefangene Yaser Esam Hamdi wird von Guantánamo in Militärhaft auf dem Festland verlegt, nachdem sich herausgestellt hat, dass er US-Staatsbürger ist.

7. Februar – Präsident Bush unterzeichnet ein Memorandum, in dem verfügt wird, dass kein Gefangener aus den Reihen der Taliban oder Al-Kaida als Kriegsgefangener zu betrachten sei und dass der allen vier Genfer Konventionen gemeinsame Artikel 3 ebenfalls nicht für sie gelte. Dieser gemeinsame Artikel 3 verlangt faire Standards für Gerichtsverfahren und verbietet Folter, Grausamkeit

und die «Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung.»

11. Januar – Die ersten Gefangenen werden von Afghanistan nach Guantánamo überführt und in Maschendrahtkäfigen in einem Bereich festgehalten, der als „Camp X-Ray“ bezeichnet wird.

2001

28. Dezember – In einem Memorandum des Justizministeriums an das Pentagon wird nahegelegt, dass die Bundesgerichte nicht über Haftprüfungsanträge der in Guantánamo Bay festgehaltenen «feindlichen Ausländer» zu beraten haben, da der US-Stützpunkt nicht zum amerikanischen Hoheitsgebiet gehört.

13. November – Präsident Bush erlässt eine Militärverordnung über die Inhaftierung, Behandlung und Strafverfolgung von ausländischen Staatsbürgern, die es dem Pentagon erlaubt, diese ohne Anklage-Erhebung auf unbestimmte Zeit in Gewahrsam zu nehmen. Die Verordnung verbietet es Gefangenen, die im Rahmen dieser Verordnung festgehalten werden, Rechtsmittel in Verfahren vor US-amerikanischen, ausländischen oder internationalen Gerichten einzulegen. Die Militärverordnung sieht vielmehr vor, dass Verfahren gegen Gefangene – wenn überhaupt – vor einer Militärkommission stattfinden. Dabei handelt es sich um ein Exekutivorgan, kein unabhängiges und unparteiisches Gericht.

7. Oktober – Die USA greifen die Taliban-Regierung und Angehörige von Al-Kaida in Afghanistan an.

14. September – Der amerikanische Kongress verabschiedet eine Resolution, die dem Präsidenten erstmalig die Befugnis erteilt, mit Gewalt gegen „Nationen, Organisationen und Individuen“ vorzugehen, die seines Erachtens auf irgendeine Weise mit den Anschlägen bzw. mit künftigen Aktionen des internationalen „Terrorismus“ in Zusammenhang stehen.

11. September – Fast 3.000 Menschen kommen ums Leben, als vier entführte Flugzeuge in verschiedene Ziele in den USA gelenkt werden, unter anderem in das World Trade Center in New York.